Sozialwerke sichern statt ausbauen

SVP-Nationalrat Toni Bortoluzzi bei der Erfa-Gruppe

Die Schweiz müsse die Alarmsignale im Sozialversicherungsbereich erkennen und handeln, hat der Zürcher SVP-Nationalrat Toni Bortoluzzi am Dienstag vor der Erfa-Gruppe betont.

MARTIN SINZIG

In praktisch allen westlichen Industrienationen kämpften die Sozialwerke mit Problemen. Vor 20 Jahren hätten

vor allem nordische Länder ihre Systeme überlastet,

erklärte der

Sozialversicherungspolitiker vor gut 50 Zuhörern. In der Schweiz wäre es nicht nötig, dieselben Fehler zu machen, meinte Bortoluzzi. Das verlange die Bereitschaft, Korrekturen an die Hand zu nehmen.

Schattenwirtschaft vermeiden

Den Vorwurf, damit werde Sozialabbau betrieben, liess Bortoluzzi nicht gelten. Vor allem die

Rentenversicherungen müssten reformiert werden, weil diese Systeme

ursprünglich gemachte Versprechungen mittelfristig nicht mehr erfüllen könnten. Er sei deshalb froh, dass der

Bundesrat in seiner neuen Zusammensetzung diesem Problemkreis mehr Beachtung schenke.



Wenn die Sozialwerke, wie das eben in nordischen Ländern geschehen sei, auf Teufel komm raus ausgebaut würden, wachse die Tendenz zur Schattenwirtschaft, warnte der Politiker. Schweden, Dänemark oder Norwegen beispielsweise hätten damals reagiert. Heute sei auch die Schweiz gefordert, Gegensteuer zu geben, damit sich solche Erscheinungen nicht weiter ausbreiten könnten.

Die AHV stabilisieren

Alle Sozialversicherungen zusammengenommen würden heute umgerechnet 30 Mehrwertsteuerprozente kosten. Im Jahr 2010 würden es schon rund 34 Prozente sein, und bis 2025 werde die Soziallast auf 38,5 Prozente ansteigen, illustrierte der Nationalrat. Diese vor allem demographisch bedingte Entwicklung sei kaum durch das erwartete Wirtschaftswachstum zu bewältigen.



Vor diesem Hintergrund verteidigte Bortoluzzi die 11. AHV-Revision, die am 16. Mai zur Volksabstimmung gelangen wird. Erstmals habe man den Mut, nicht mehr auszubauen, sondern zu konsolidieren. Es handle sich also keineswegs um eine Abbauvorlage, sondern vielmehr darum, das wichtige Sozialwerk zu stabilisieren. Reformen seien schliesslich auch bei der zweiten Säule und bei der Krankenversicherung nötig.